

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

53. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbefehlgebühren. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 11. Februar 1915

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergütungsinferale usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 30 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 17

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Wochenchau: Eine große Verschärfung der Situation: Zwei Engländer über das englische System; Eine deutschfreundliche Kundgebung im Ausland; Eine Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion von ungewöhnlicher Bedeutung; Blinder Eifer schadet nur; Die staatliche Regelung der Ernährungsfrage des deutschen Volkes; Der Beschäftigungsgrad im Buchdruckergewerbe; Eine Mahnung an Prinzipale, Druckereileiter und Faktoren.

Korrespondenzen: Odeben. — Dresden. — Efen. — Kreuznach. — Rudwigsburg. — Odeben.

Grundschau: Von Buchdruckern im Kriege; — Vorbildliche Kriegsbefehle; — Metallbeschlagnahme und Buchdruckereimetal; — Stenografie; — Druckereibrand; — Reichslohnkartei für das Weberausstellungsgewerbe; — Eine Gewerkschaftsgeneralsammlung während des Krieges; — Der deutsche Eisenbahnverkehr im Jahre 1914; — Protestbewegung der englischen Arbeiter gegen die Feuerung.

Wochenchau

Eine große Verschärfung der Situation ist durch die angekündigte Unterseeboote Deutschlands gegen England eingetreten. Das letztere hat seit Kriegsbeginn die Neutralen tyrannisiert und ist mit dem Völkerrecht nur so umgesprungen, um seinen Ushungerungsplan gegen Deutschland durchzuführen. Da nun Deutschland gleiches mit gleichem vergelten und durch seine Unterseeboote, deren während des Krieges eine ganze Anzahl, mit größerem Radius fertiggestellt sein muß, die Zufuhr für England unterbinden will, wird von den Neutralen stärker protestiert, als sie es gegen die englischen Praktiken getan haben. Durch den von der englischen Admiralität erlassenen Befehl an die englischen Handelschiffe, eine neutrale Frage zu führen resp. zu mißbrauchen, wird die Sache erst kompliziert, denn dadurch kann das Unterscheiden zwischen wirtschaftlich und solchen neutralen Schiffen nur erschwert werden. Eine moralische Niederlage der größten Seemacht befindet sich in dieser Handlungsweise ganz offenbar, aber das stolze offiziöse England gibt kein Selbstbewußtsein einfach preis, wenn dies nach seinem Befinden geboten erscheint. Der englische Marineminister hat dieser Tage geradezu zynisch erklärt, daß England seine Ushungerungspolitik unbekümmert fortsetzen werde, um Deutschland auf die Knie zu zwingen. Da auf dem Inselreiche die Feuerung bereits schlimmer ist als bei uns, so kommt es darauf an, wer es am längsten aushält. Was die deutsche Marine zu leisten vermag, hat das aus 44 Mann bestehende Landungskorps der „Emden“ bewiesen, das sich auf einem kleinen Schoner, der notdürftig armiert worden war, durch die englischen und französischen Verfolger hindurchschlugen und aus dem Indischen Ozean unverfehrt nach Sodebda an der arabischen Küste, also zu den Türken gelangt konnte. Darüber war alle Welt sprachlos. Die zum 18. Februar angekündigte volle Blockade gegen England hat bis jetzt schon das praktische Ergebnis gehabt, daß eine große Zahl englischer Schiffahrtsgesellschaften nicht mehr fahren lassen will. Viele unterwegs befindliche englische und französische Schiffe sind bereits überfällig.

Im Osten bereiten sich große Dinge vor. Das Barücken in Polen gestaltete sich weiter erfolgreich, über 7000 Russen wurden gefangen genommen. An den ostpreussischen Grenzen fanden neuenswertere Kämpfe gegen die Russen statt, die zurückgeworfen wurden. Die Oesterreicher haben bei den Karpaten (gemeinsam mit den Deutschen) gute Erfolge aufzuweisen gehabt, mehrere tausend Russen gefangen in Gefangenschaft. In der Bukowina haben die Oesterreicher den Russen einen wichtigen Ort genommen. Die Vorhut der Türken ist nun in das Bereich des Suezkanals gelangt und hat die englischen Vorkosten vertrieben.

An der Westfront wurde eine französische Hauptstellung bei Massiges gestimmt und 600 Gefangene dabei gemacht. Sonst hat sich nichts Wesentliches auf den westlichen Kriegsschauplätzen ereignet.

Zwei Engländer über das englische System zu hören, ist gerade im Augenblick wertvoll, denn es handelt sich um die Meinung zweier bedeutender Männer aus Gegenwart und Vergangenheit.

Zurzeit des gegen die von England seit langem betriebene Ushungerungspolitik eingeleiteten deutschen Ver-

geltungskampfes erhält ein Ausspruch des hervorragenden englischen Staatsmannes Lord Derby aktuelle Bedeutung. Derby hat für die Interessen Englands seinerzeit viel getan, aber ihm ging die Schrupellosigkeit seiner kleinen Nachfolger ab, er hatte sich noch rechtliches Empfinden bewahrt. So erklärte er vor nunmehr 57 Jahren in einer seiner Reden beziehungsweise:

Wir verfahren gegen fremde Nationen höchst schamlos. Wir bestehen auf dem Vollaße des Völkerrechts, wenn es uns nützlich ist; in andern Fällen sehen wir uns über seine Regeln schrankenlos hinweg. Die Geschichte des Seerechts, das ich Seemrecht nennen möchte, ist ein unauslöschliches Zeugnis des ungezügelteren Egoismus und der Sabotage des englischen Volkes und seiner Regierung.

Das von England gegen die neutrale Schiffahrt im jetzigen Kriege betriebene Kaperwesen — „der traditionelle britische Pirateninstinkt“ wird es in einem aus Holland stammenden Artikel der „Frankfurter Zeitung“ genannt — kann gar nicht besser gekennzeichnet werden, als es vor 57 Jahren schon einer der ersten Staatsmänner Englands getan hat.

Der andre Belastungszeuge englischer Regierungspraktiken ist der auch in Deutschland wohlbekannte Sozialist, Dichter und Dramatiker Bernard Shaw, der zu Anfang des Krieges sich ebenfalls in einigen starken Ausfällen gegen Deutschland erging. Im vergangenen Monate hat der Engländer Shaw dessenungeachtet in einem offenen Brief an die Zeitung „The New Statesman“ der englischen Regierung starke Wahrheiten gesagt, die um so bemerkenswerter sind, als sie die belgische Neutralität zum Gegenstande haben. Shaw beginnt seine Mit dem Leiter des englischen auswärtigen Amtes, Edward Grey, und geht nach einigen kräftigen Seitenhieben auf „die ganze englische autokratische und geheime Diplomatie“ zu Vergleichen und Beweisen über, wie treulos England gegenwärtig an Osterreich-Ungarn und Deutschland handle: „Sa, wir sind ein hoffnungsloses Volk und fallen von einer Undankbarkeit in die andre“. Übergehend zur belgischen Frage, führt Shaw in seinem offenen Brief aus:

Ich sage, daß der Vertrag von 1839 der Vertrag über die belgische Neutralität nicht das Papier wert ist, worauf er geschrieben wurde, und daß wir den Krieg auch erklärt hätten, wenn es diesen Vertrag gar nicht gegeben hätte. Aber jetzt gebe ich sogar noch weiter und behaupte, England hätte den Krieg auch erklärt, wenn zum Beispiel in dem Vertrag ein heiliges Versprechen enthalten gewesen wäre, nie das Schwert gegen Deutschland zu ziehen. Ich behaupte ganz ernsthaft, daß die englische Nation nur deshalb mit Sir Edward Greys Kriegserklärung einverstanden war, weil sie nicht haben wollte, daß Frankreich von Deutschland zerstückelt würde und nicht etwa, weil sie sich auch nur im geringsten um ein Stück Papier gekümmert hat; und dann behaupte ich ferner und werde natürlich auf Widerspruch stoßen, daß wir Engländer eine große Schuld an Belgien auftragen haben.

Selbst wenn der ganze Vertrag eine Fälschung wäre, würde unsre Pflicht fortbestehen, weil Deutschland beweisen kann, daß die ganze belgische Defensiv schon lange vorbedacht und vorbereitet war, und weil es in Belgien allgemein bekannt war, weil alle belgischen militärischen Sachverständigen es wußten, daß man mit einem Durchmarsche Deutschlands rechnen mußte. Auch sind die Belgier keine Narren, und selbstverständlich haben sie jahrelang vorher mit den Engländern eine Verständigung Belgiens gesucht. Belgien hat einfach die Tür gehalten und hat uns hierdurch die kostbare Zeit gegeben, unsre kriegerischen Vorbereitungen zu treffen, wenn auch unter schrecklichen Opfern für die Belgier selbst. Nachdem sie dies für uns getan haben, dürfen wir sie jetzt nicht im Stich lassen, auch wenn alle Juristen der Welt den Vertrag für ungültig erklären würden.

Wir wollen Belgien helfen, das so fürchterlich gelitten hat durch die englischen Truppen und durch die belgischen Truppen, und nicht etwa allein nur durch die Deutschen.

Die Feulmeleeren der englischen Offiziere über Mißachtung des Völkerrechts von selten Deutschlands können gar nicht wirkungsvoller abgeführt werden als durch die beiden ärtlicheren Engländer.

Eine deutschfreundliche Kundgebung im Ausland ist in dieser Zeit epidemischer Verbreitung gegen alles Deutsche ein ganz seltenes Ereignis. In Sofia ist dies jüngst eingetreten. Der bekannte russische Schriftsteller Parvus (Pseudonym), der über ein Jahrzehnt in Deutschland gelebt und hier zu dem radikalen Flügel gehörte, sprach in einer von über 4000 Personen besuchten Volksversammlung gegen den unermindert und unverfälscht sich in Rußland ausbreitenden Zarismus. Die große Versammlung erklärte sich darauf mit dem Standpunkte der deutschen Sozialdemokratie einverstanden, besand, daß Deutschland für die europäische demokratische Sache kämpfe und sein Sieg die einzige Garantie für die Selbstständigkeit und nationale Entwicklung der Balkanstaaten sei. Man muß Parvus, der seit einigen Jahren seine rege Tätigkeit nach der Türkei verlegt hat, schon zuerkennen, daß er Deutschland sehr gründlich kennt, was von den meisten der jetzt die deutsche Sozialdemokratie wie auch zum Teil die Gewerkschaften fadelnden oder direkt schmäbenden ausländischen Arbeiterführern nicht behauptet werden kann. Allerdings haben wir in Deutschland mit eignen Augen und Ohren auch Lobeshymnen von Männern über Deutschland vernommen, die in ihrer Heimat gegenwärtig infolge chauvinistischer Aufstufung das Gegenteil verkünden. Aber bei dem auch volkswirtschaftlich wohlbeschlagenen Parvus handelt es sich um eine gefestigte Meinung über Deutschland.

Nun gibt es in Bulgarien jedoch zwei sozialdemokratische Richtungen und „logischerweise“ auch zwei gleichartige generalkongresse, die sich „sozialdemokratisch“ und „Republikanisch“ benennen. Die letzteren sind die radikale, die ändern — nach untrer Unterscheidungsmethode — die revisionistische Spielart. Das Organ der letzteren ist nun gar nicht mit dem von Parvus vor den „Engherbergen“ vertretenen Standpunkt einverstanden. Es ist nicht damit einverstanden, daß von der radikalen Richtung systematisch der russische Zarismus als die für Bulgarien größte Gefahr bezeichnet werde. Man sollte meinen, die russische Regierung hätte in den letzten Jahren Bulgarien gerade genug mitgeliefert, auf das auch sämtliche Arbeiter dort wissen könnten, was ihrem Lande von Rußland droht.

Eine Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion von ungewöhnlicher Bedeutung hat in der vergangenen Woche stattgefunden und zum Teil eine Klärung gebracht in den von einer kleinen Minderheitsgruppe heraufbeschworbenen Differenzen wegen der Stellungnahme zum Kriege. Die sonst übliche Untercheidung in einen radikalen und einen revisionistischen Flügel verlagert hier vollständig, wenn auch das Sinüberwechseln revisionistischer Schafe zu den radikalen Bänden in keinem Verhältnis steht, wie umgekehrt der Fall eingetreten ist. Die Fraktion hat zwar auch andre Angelegenheiten erledigt, Dispositionen für die neuen, am 10. März beginnenden Reichstagsverhandlungen getroffen usw., in der Hauptsache aber waren es innere Auseinandersetzungen, bei denen es wohl nicht allzu gemüßlich hergegangen sein wird.

Wer in den letzten Wochen die parteiamtlichen Erklärungen gegen die von Deutschen und (einem) russischen parteigenösslichen Unruhefaktoren in der ausländischen politischen Arbeiterpresse abgelagerten Schreibereien gelesen, die von führenden Personen anschießend daran vorgenommenen Beurteilungen kennen gelernt, und unter den nicht wenigen Abschüttelungen dieser selbstgefälligen Phrasen namentlich die Artikel von Scheidemann im „Samburger Echo“ und Klotz in der Chemnitzer „Volksstimme“ verfolgt hat, wußte auch, daß die Dinge zu einer einstweiligen Entscheidung drängten. In gewöhnlichen Zeiten sind derartige Stillschüßungen von zur Außenleiterei mehr oder weniger neigenden Leuten nicht so fraglich zu nehmen. Eine jede Gewerkschaft wußt hat Oppositionsperioden durchgemacht, bei denen es nicht käuflich ging, und nicht nur bei den Buchdruckern hat eine zeitweilige Trennung erst alles wieder in das richtige Gleis zu bringen vermocht. Aber solche schmerzhaft Operationen müssen von jedem mit der

Arbeiterfrage es ernst und heilig Nehmenden doch nach Kräften vermeiden werden. Leider scheinen einzelne in ihrem Verhalten, jezt weder der Tragweite ihrer Handlungen noch der Konsequenzen bewußt zu sein. In einer von allen Vorstellungen eines Weltkrieges und seinen Folgen losgerissenen Zeit, wo im gesamten Ausland eine deutschfeindliche Stimmung herrscht, sind solche zum Teil noch beträchtlich auf das persönliche Ich eingestellten geistigen Einladungen das reine Gift. Diese Kritikpunkte an den deutschen Zuständen im allgemeinen und den Parteiverhältnissen im besondern vervollständigen oder vergrößern erst das schiefe Bild, das man sich ohnehin im Auslande von uns macht. Dem einen dieser Kritikpunkte wurde vor Monaten in einer nachfolgenden Erwiderung Strich um Strich bewiesen, daß er ganz falsche Behauptungen aufgestellt, so mit falschen Zahlen operiert habe. Das ist doch gewiß starker Tabak. Nach Ausbruch des Krieges haben italienische Gewerkschaftsführer viel von sich reden gemacht mit ihrer Meinung über Deutschland und seine Einrichtungen. Da gab ein im Deutschen Reich seit längerer Zeit tätiger, in der deutschen Gewerkschaftsbewegung angesehenen Italiener viel Wasser in den italienischen Entkräftungswein, und der Grundton seiner Phylippika, seine Landeute sollten doch nicht über Dinge schreiben und urteilen, von denen sie nichts verstehen, scheint seine Wirkung getan zu haben. Wenn ausländische Arbeiterblätter so „objektiv“ über die deutschen Verhältnisse und Vorgänge sich „informieren“ lassen, dann hätte per deutsche Parteivorstand alle Veranlassung, in einer feiner Erklärungen zu sagen:

Dieses parteischädigende Verhalten muß auf das entschiedenste verurteilt werden. In dieser ersten Zeit, namentlich auch im Hinblick auf den Belagerungszustand, müssen wir von allen Parteigenossen dringend fordern, bei allen Äußerungen sich der großen Verantwortlichkeit gegenüber der Partei bewußt zu sein. Und daß der „Vorwärts“, mit dessen Haltung man vielfach nicht einverstanden ist, weil er gegen die Treiberen zu wenig Stellung nimmt und über das häufig höchst eigenartige Benehmen und Handeln offizieller Parteikreise und Personen in den feindlichen Staaten (Rußland ausgenommen) meistens Schweigen bewahrt, so daß die Berliner Arbeiterschaft von den wirklichen Vorgängen nur ganz schwach unterrichtet ist — auch der vormalige Redaktionsgewaltige der „Leipziger Volkszeitung“, Dr. Lensch, wandle sich im „Hamburger Echo“ lebhaft gegen diese nicht von „Vorw.“ allein verfolgte Taktik —, wenn das Zentralorgan also aus seiner Reserve herausritt und von „unverantwortlichen Schwabereien“ spricht, dann ist es sicher weit gekommen. Der „Vorwärts“ nimmt da Bezug auf in einem schweizerischen politischen Arbeiterblatt-erschienene Mitteilungen über angebliche innere deutsche Organisationsvorgänge und sagt dazu ganz richtig:

Müßten solche Mitteilungen schon in Friedenszeiten als unbedeutende Veröffentlichungen aufs schärfste zurückgewiesen werden, so sind sie in der jetzigen Zeit geradezu unverantwortlich, da sie geeignet sind, dem Parteileben die größten äußeren und inneren Schwierigkeiten zu bereiten. Wir müßten die bestimmte Erwartung aussprechen, daß ein solcher Anflug sich nicht wiederholen wird, und überhaupt das dringende Ersuchen an unsere Genossen im Auslande richten, doch einige Vorbehalt bei der Behandlung deutscher Parteiangelegenheiten walten zu lassen und nicht allen mitleidigen, zum Teil recht zweifelhaften Informationen Verbreitung zu geben.

Eine aus leitenden Parteikreisen stammende Erklärung ist dann noch bemerkenswert, weil sie gegen die von Maulwürfen verbreitete Behauptung im Auslande, die Mehrheit der deutschen Sozialdemokraten kände hinter Liebknecht usw., Front macht und dabei einige treffliche Wahrheiten ausspricht, nämlich:

Abgegeben von einer kleinen Gruppe von Personen, die seit Jahren bemüht sind, der Partei eine Tendenz zu geben, die jede Reformarbeit verurteilt und nur das revolutionäre Schlagwort handhabt, ist die große Masse der sozialistischen Arbeiterschaft überzeugt, daß die Stellung der Partei die in den gegebenen Verhältnissen allein richtige ist. Das ist in Deutschland dieselbe Gruppe wie in Frankreich die anarchoföhen Wofführer, die allerdings jezt in Frankreich schweigen, weil sie doch soviel Körpergeißt haben, daß man in einer solchen Zeit der schwierigen, ersten Situation des Landes nicht der eigenen Partei in den Rücken fallen darf. Noch weniger findet sich unter ihnen einer, der das Verlangen hat, im Auslande als der starke Mann in allen nationalen Blättern und ihrem Anhang der stammenden Menge vorgeführt zu werden, weil er allein die Sache des internationalen Sozialismus vertrat. So zerfallen das Parteileben in Frankreich ist, so empfindet doch jezt keiner den Ehrgeiz, in dieser erregten Stimmung für seine Person den Glorienkranz zu erwerben, daß er der Sache des Proletariats treu geblieben sei. Das zu erreichen, ist nie so leicht gewesen als gegenwärtig unter der Erregung, die im Krise in allen Ländern die Menschen beherzcht. Ihre Leser werden den Ausgang der Fraktionsstimmung nunehr besser zu würdigen wissen. Ledebour erhielt mit dem Beschlusse:

Die Fraktion erklärt den von Ledebour gegen die Geschäftsführung des Fraktionsvorstandes erhobenen Vorwurf der Verschleppungs- und Veruschungspoliti

als jeder tatsächlichen Grundlage entbehrend und verurteilt sein Vorgehen aufs schärfste, eine Zustimmung ausgefellt. An seine Stelle kam Hoch in den Fraktionsvorstand. Gegen Liebknecht, der jezt schlicht bei den Verhandlungen abgeschrieben hat, wurde erkannt:

Die Fraktion lehnt sich der über die Abstimmung Liebknechts abgegebenen Erklärung des Fraktionsvorstandes vom 2. Dezember 1914 an. Sie verurteilt den von Liebknecht begangenen Disziplinbruch aufs schärfste.

Sie weist die von ihm verbreitete Begründung seiner Abstimmung als unvereinbar mit den Interessen der deutschen Sozialdemokratie entschieden zurück. Ebenso verurteilt sie die von Liebknecht im Auslande verbreiteten irreführenden Mitteilungen über Vorgänge innerhalb der Partei.

Da der Fraktion nach dem Organisationsstatute nicht die Handhabe zu weitergehenden Maßnahmen zusteht, so muß sie die endgültige Entscheidung dem nächsten Parteitag anheimstellen.

Der Letztere muß sich dazu zu verstehen, daß ein Antrag (Requis) auf formellen Ausschluß Liebknechts aus der Fraktion vorlag, wozu diese aber nicht beauf ist. Die Fraktion bestimmte aus Anlaß des Falles Liebknecht erneut, daß im Plenum des Reichstages die Abstimmung der sozialdemokratischen Abgeordneten geschlossen zu erfolgen hat, sofern nicht in einer einzelnen Sache die Abstimmung ausdrücklich freigegeben wird. Im aber keinerlei Überzeugungszwang auszuüben, wurde bei geschlossenen Abstimmungen anbeimgestellt, „der Abstimmung fernzubleiben, ohne daß dies einen demonftrativen Charakter tragen darf.“ Das ist gewiß loyal. Karl Liebknecht jedoch, der seine parteiföhen Worte auf dem Magdeburger Parteitage (1910):

Es ist erlaunlich, daß man hier ein so geringes Gefühl für die Parteidisziplin hat. Ich bin ja sozulagen im Parteileben aufgewachsen, ich habe sie mit der Muttermilch eingeatmet, und aus frühesten Kindheit klingt es mir in den Ohren aus dem Munde meines Vaters: Einz ist nur: Disziplin! Die Disziplin ist der Stolz der deutschen Sozialdemokratie, ohne Disziplin kein erfolgreicher politischer Kampf (vgl. Protokoll von Magdeburg S. 334-337; Liebknecht wandte sich mit diesen und ähnlichen Äußerungen über Disziplinbruch gegen die badi-schen Budgetbewilliger, zum Schluß eine aufwendige Deklaration vom Parteitage verlangend, die ausgesprochen sollte, „wo in einer bestimmten Richtung die Grenze der Parteigehörigkeit liegt“ usw., auch von Ausschluß sprach er. Red.); geradezu mit Füßen tritt, war es nicht zuzuladen und so ver-händelte er andern Tags präventiv in sozialdemokratischen Blättern, warum er gegen die Kriegskredite gestimmt habe — Notabene am 2. Dezember, zu der Reichstags-sitzung am 4. August hatte Liebknecht diese Entdeckung noch nicht gemacht! —, nämlich:

weil die Bewilligung der Kriegskredite nach meiner Überzeugung nicht nur den Interessen des Proletariats, sondern auch dem Parteiprogramm und den Beschlüssen internationaler Kongresse schroff widerspricht, und weil die Fraktion nicht berechtigt ist, einen Verstoß gegen Programm und Parteibeschluß vorzuschreiben. Dann befreit er, irreführende Mitteilungen über Parteivorgänge gemacht zu haben und spricht auch der Fraktion die Zuständigkeit eines Urteils in diesem Punkte ab. Das ist freilich ja nun alles, was sein kann. Die Wähler Liebknechts werden ihm hoffentlich plausibel machen, was ihre Ansicht und ihre Überzeugung ist, und daß ihr Mandatar nicht lediglich extravanzen Anschauungen nachlagen darf, sondern auch im Einvernehmen mit seinen Wählern zu bleiben hat. Die noch verammelt gewesene Fraktion beantwortete die Liebknechtsche Provokation sofort durch einen neuen Beschluß:

Die Fraktion weist die Behauptung, daß die Bewilligung der Kriegskredite den Interessen des Proletariats, dem Parteiprogramm und den Beschlüssen der internationalen Kongresse widerspricht, mit aller Entschiedenheit zurück. Was die Verbreitung irreführender Mitteilungen an das Ausland durch Genossen Liebknecht betrifft, so wurde mehr als genug festgesetzt, um den Beschluß der Fraktion zu rechtfertigen.

Selbstfalls hat Liebknecht durch dieses neuerliche Remon-frieren die Zahl seiner Verteidiger nur noch verringert. Es wurde im weiteren über wichtige sozialpolitische An-regungen beraten und hier wie in der eingehend disku-tierten Frage des Friedens Übereinstimmung erzielt. Das ist erfreulich.

Man muß sagen, daß durch die Stellungnahme der Reichstagsfraktion die Klärung schon gut gefördert worden ist, denn auf die Meinung von 110 Mann zu pfeifen, weil sie, wie es in einer Niederbarnimer Konfultationade heißt, „zufällig Reichstagsabgeordnete“ sind, wäre der Gipfel poli-tischen Unverstandes. Die Liebknecht erteilte Reaktion wird auf die übrigen mehr oder weniger von ihm wieder ab-wachenden Zionswächter der Partei, als welche Emil Klotz in seinem erwöhnten Artikel nennt: Pannekoek, Rosa Luxemburg, Clara Zetkin, Westmeyer, Parabellum, Meh-ring, Krohn (ohne nach eigener Erklärung damit diese Liste zu erschöpfen), hoffentlich ernüchternd wirken, so daß der spätere Parteitag nicht allzu sehr als Nachgericht funk-tionieren muß. Es ist doch hanedüben, wenn eine von diesen genannten oder ungenannten Personen, die jezt in der aus-ländischen sozialdemokratischen Presse den Parteivorstand,

die Fraktion, die Gewerkschaftsführer usw. herunterreißen, sich aber als die Hüter des sozialdemokratischen Rhein-goldes gebärden, bei der letzten Reichstagswahl noch gar nicht der Partei angehöre.

Die kürzlich stattgehabte Versammlung der Berliner Gewerkschaftsfunktionäre, auf die man in gewissen Kreisen leicht zu sprechen ist, weil Lenin und andre an den ge-schickerten Vorgängen etwas derbe Kritik übten, trotzdem aber das Gute dabei bewachten, zu mehr politischer Mit-arbeit aufzufordern, damit sich nicht falsche Propheten brei-tmachen, war auch ein Merkmal, daß die Dinge weit genug geblieben waren. Wenn gerade jezt aus Stuttgart die Nachricht von beginnender Gefundung der dort ganz unbedeut-lichen Partieverhältnisse kommt, was nur durch Kalku-lation von Westmeyer und Anhang zu erreichen ist, der allerdings der eignen Abwirtschaltung am meisten vor-gearbeitet hat, so möge das ein günstiges Omen für den Ausgang der Affäre Liebknecht usw. sein. Für die deutsche Arbeiterschaft kommen gegenwärtig weit gewichtigere Inter-essen in Frage als die Meinung einiger Exaltierter, die politische Werte zu schaffen bisher entweder nicht in der Lage waren oder nicht befähigt dazu sind.

Blinder Eifer schadet nur, das könnte auch dem Organe der romanischen Schweiz klar werden. Allerdings ist unsere Hoffnung in dieser Beziehung nicht groß, denn man sieht im „Gutenberg“ die Dinge des gegenwärtigen Weltromas zu einseitig durch die fran-...de Brille. In der Nummer vom 1. Februar wird ein Mordsturm ge-schlagen, daß der Wiener „Vorwärts“ und der „Korr.“ keine Mitteilung von der Internierung des internationalen Sekretärs Stautner gebracht haben. Wir wollen dem Entzweigen gegen den „Korr.“ an sich keine besondere Be-achtung schenken. Man muß uns schon gestatten, die Vor-gänge des Weltkrieges vom Standpunkte des eignen Landes zu beurteilen, wobei wir gegen die Organe des feindlichen Auslandes (Frankreich) wie gegen die des neu-tralen (romanische und deutsche Schweiz, Norwegen) zurück-haltender sind als diese gegen den „Korr.“. In dem deutsch-schweizerischen Kollegenblatte hat man allerdings schon Proteste vernommen gegen eine solche, hauptsächlich von einer wohlbekannten Person ausgehende Stimmungsmache, welche sich über Gebühr in der „Selbstischen Typographie“ breit macht.

Wenn es auch möglich sein kann, daß man in Chaur-de-Fonds den „Korr.“ vom 26. Januar noch nicht gehabt hat, als der „Gutenberg“ am 1. Februar seine Brand-rakete steigen ließ, und deshalb nicht wußte, daß wir über den Fall Stautner in Nr. 10 eine informierende Mitteilung gebracht haben, so liegt die Sache beim Wiener „Vor-wärts“ denn doch anders. Das österreichische Organ teilte nämlich bereits am 22. Januar die Internierung Stautners mit, und zwar unter der Erwähnung, daß „neben andern zum Teil etwas phantastisch klingenden Nachrichten“ Fr. M. (welches Signum der „Vorw.“ zutreffend mit François Martin ausbeutete) auch von dem Kollegen Stautner widerfahrenen Mißgeschick in der „Selbstischen Typographie“ zu berichten wisse. Der „Gutenberg“ wäre also mit beiden Vorwürfen — gegen den „Vorw.“ wie gegen den „Korr.“ — ein Opfer seines blinden Eifers geworden resp. seinem in internationalen Buchdruckerangelegenheiten allzu geschäftigen Gewährraum auf den Leim gekrochen. Es gibt nämlich in der Deutschen Schweiz quasi einen „Kronpräsidenten“ auf den internationalen Sekretariatsposten, der seine Bolzen auch von der Französischen Schweiz aus verschleßt. Ab-gelesen davon, daß von einer „brennenden Frage“ mit dem Internationalen Buchdruckersekretariat und dessen Rück-verlegung nach der Schweiz als der „einfachsten Lösung“ (wie in der „Selbstischen Typographie“ am 29. Januar zu lesen) zu sprechen gar keine Veranlassung vorliegt, wäre der „Kronpräsident“ der ungeeignete Mann. Man kennt ihn in Deutschland zu gut — aber von keiner guten Seite.

Die „Selbstische Typographie“ meldete allerdings schon am 15. Januar die Internierung Stautners. François Martin konnte diese Mitteilung machen; er verknüpfte da-mit das Bedauern über Stautners zurzeit nicht günstigen Gesundheitszustand. Ganz unverständlich aber ist der ein-fließende Satz: „Ob die Internierung die Folge einer Denunziation ist, können wir zurzeit nicht bejahen.“ Weiß Martin denn wirklich nicht, daß die in Deutschland verbliebenen Engländer und Franzosen — erstere schon vor Monaten, letztere Mitte Dezember — einen Zwangsausent-last nur deshalb angewiesen erlebten, weil die französische und die englische (wie die russische) Regierung mit der Inter-nierung der Deutschen und Österreicher in ihren Ländern sich sehr beeilten, Frankreich sogar auch die Frauen und Kinder festsetzte und das Los der Internierten in diesen Ländern so viele Proteste auslöste! Man denke beispiels-weise nur an die Ursachen der blutigen Affäre auf der Insel Man. Rußland hat viele der deutschen und öster-reichischen Zionsgefangenen gar nach dem „gastlichen“ Sibirien verbracht und will nach neuerer Meldung damit fortfahren. Nur die Japaner benehmen sich anständig, lassen die zivilen Deutschen ungefört und gewähren unsern Mißfühlagungen eine gute Behandlung. Deutschland hat also nur Ver-

gelfungsmassnahmen bei der Internierung männlicher Angehöriger der feindlichen Staaten angewendet. Die davon Betroffenen sind gewiss persönlich zu bedauern, aber mit ihrer Person hat die Sache gar nichts zu tun, politische Momente spielen keine Rolle dabei. Es sind lediglich Repressalien, zu denen Deutschland erst gezwungen worden ist durch das Vorgehen von Frankreich, England und Rußland. Das Organ der romanischen Schweiz hat darüber sich wohl nicht erkräftigt, wie ja so viele die Ursachen, sondern nur Wirkungen sehen. Es ist geradezu lächerlich, wenn nicht Bosheit dabei eine Rolle spielt, von einer vorgängigen Denunziation bei der Internierung des Kollegen Stautner zu sprechen. Er ist wie jeder andre Stuttgarter Einwohner mit seiner Nationalität im Meldeamt eingetragen; das Meldere hat sich dann von selbst gefunden. Das Bedauern Martins mit dem Stautner gewordenen Schicksal erhält übrigens eine niedliche Illustration durch die Stelle in einem Artikel der „Schweizerischen Typographie“ Nr. 51 v. J., die da lautet:

Schon seit Monaten haben wir von unsern internationalen Sekretariat kein Lebenszeichen mehr vernommen. Ob Sekretär Stautner seiner Funktionen entbunden oder auf Halblohn wegen Mangel an Beschäftigung gesetzt worden ist, das alles drang nicht in die Öffentlichkeit. Voraussetzungsweise wird er, solange noch Geld in der Kasse, auf seinem Posten ausbarren oder auf neutraler Erde in der rekonstruierten Amtsstelle seine Obliegenheiten weiterführen.

Es ist bedauerlich, daß solch kollegial-reizvolle Anwürfe überhaupt in der „S. Z.“ Aufnahme finden konnten. Wenn es Martin in einer etwas späteren Nummer mit seinem Bedauern über das Stautner widerfahrene Mißgeschick wirklich Ernst wäre, dann hätte er dieses traurige Geschick erst einmal gehörig zurückweisen müssen, da im Rahmen der von ihm bearbeiteten „Internationalen typographischen Revue“ sich dazu die beste Gelegenheit bot. Das Organ der französischen Schweiz könnte sich in dieser Beziehung auch des Kollegen Stautner angenommen haben — aber davon haben wir nichts gehört.

Der „Korr.“ ist allerdings mit der Nachricht von Stautners Internierung, die Mitte Dezember erfolgte, zuletzt gekommen. Es ist nämlich für Stautner von den verschiedensten Seiten alles nur Erdenschliche verlust worden. Man hat auf Erfolg gehofft und setzte uns nicht so leicht in Kenntnis von dem Geschehenen. Das erfolgte aus bester Absicht heraus. Auch wir haben dann noch gegögert, weil inzwischen neue Schritte unternommen waren, Stautner wieder freizubekommen. Aber wir mußten einsehen, daß die Inhaftierung Stautners mit seiner Person nichts zu tun hatte, also, dagegen auch nichts zu machen war; zudem hätte die zweite, ausschlaggebende, ärztliche Untersuchung die allein mögliche Ausnahme für Stautner nicht zu erwirken vermocht. Es gab nur ein Mittel, das allerdings zeitlicher in Anwendung hätte kommen müssen: die Naturalisierung als Deutscher. Gerade in Württemberg hat man damit die wenigsten Schwierigkeiten. Der „Korr.“ ist gewiß nicht daran schuld, daß Kollege Stautner in den mehr als fünf Jahren davon keinen Gebrauch gemacht hat. Wie wir aber des Krieges letzte Stunde so schnell als möglich herbeiführen, so ist damit auch der Wunsch auf Stautners, Keulers (Jun.) wie der in Frankreich und England internierten Kollegen baldiger Befreiung ausgesprochen. Alle mögen den Aufenthalt in den respektiven „Staatspensionen“ gut überleben!

Der „Gutenberg“ der romanischen Schweiz könnte aus diesem Vor- bzw. seinem Nachteil aber lernen, in internationalen Angelegenheiten sich vor allem größter Objektivität zu befleißigen.

Die staatliche Regelung der Ernährungsfrage des deutschen Volkes läßt doch noch mancherlei zu wünschen übrig. Die Bundesratsverordnung vom 25. Januar über die Beschlagnahme der Getreide- und Mehlvorräte — das für Privatwirtschaften zulässige Quantum ist inzwischen auf 25 kg herabgesetzt worden — bereitet vielen Kommunalverwaltungen großes Kopfzerbrechen. Die Schwierigkeiten dieser ganzen Aktion, die doch unerwarteter gekommen ist, als wir in Nr. 11 annahmen, werden gewiß von keiner Seite verkannt, auch ist durch Unklarheiten der Bundesratsverordnung den Gemeindebehörden die Sache nicht leicht gemacht worden. Indessen mangelt es auch hier an herabhaftem Zugreifen. Wenn ein bestimmter Verbrauch in der Woche für jeden Konsumenten vorgeschrieben wird, was ja der beabsichtigte Zweck ist, dann muß gleichzeitig auch eine Kontrolle der Abgabe von Brot eintreten. Das geschieht am besten durch eine behördlich ausgefertigte Brotkarte. Einheitsbrot und Brotkarte, das ist der zu beschreitende und in Großstädten wie Berlin, Köln, Magdeburg auch schon eingeschlagene Weg. Groß-Berlin hat sich überraschend schnell in die neue Situation hineingefunden. Es ist ein Höchstverbrauch von 2 Kilo für die Person und Woche festgesetzt. Die amtlichen Brotkarten brauchen nicht abgeholt zu werden, sondern werden durch städtische Vertrauenspersonen jeder Familie im Haus ausgeteilt. Die Karten sind mit Abreißfäden versehen. Der Bäcker verabreicht Brot nur gegen einen solchen Schein und bemißt nach der Zahl der in einer Woche gesammelten Scheine

keinen Mehlbedarf der Stadt gegenüber. In andern Großstädten dagegen ist es zu unerquicklichen Szenen gekommen, weil Frauen mangels einer behördlichen Regelung überhaupt kein Brot erhalten, andre Familien sich wieder reichlich verlorgen konnten. Das sind selbstverständliche vorübergehende Erscheinungen, aber sie hätten doch wohl vermieden werden können.

Aberhaupt gewinnt man den Eindruck, daß die Maßnahmen zur Sicherung der Volksernährung verzögert worden sind. Die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei haben schon vor sechs Monaten verlangt, was die Bundesratsverordnung vom 25. Januar bezweckt, und mehr als das. Wenn nun auch nicht sofort, so hätte doch frühzeitiger in dieser Richtung das Nötige unternommen werden können. Der jetzt von der preussischen Regierung veranfaßte Lehrkursus, in dem hervorragende Gelehrte über Ernährungsfragen Vorträge halten, zeigt überdies, daß man doch zum Teil falsche Vorstellungen gehabt hat darüber, was es heißt, ein 70-Millionen-Volk auf längere Zeit durchzubringen, wenn durch einen Krieg die Nahrungsmittelezeugung erheblich beeinträchtigt ist. Das kann ja noch gutgemacht werden, und die zu diesem Kursus entsandten Gewerkschaftsführer werden das übrige zu der notwendigen Aufklärung beitragen. Daß vom Volke, namentlich den besserstellten Kreisen, stark gekündigt worden ist, indem man sich trotz aller Ermahnungen keine Beschränkungen auferlegte, steht aber auch fest.

Jetzt ist es eine gebieterische Notwendigkeit, daß auch Höchstpreise für Vieh und Fleisch festgelegt werden. Die Anordnung der Deckung mit Fleischdauerwaren durch die Gemeinden hat eine geradezu un sinnige Preissteigerung für Schweine im Gefolge gehabt, trotzdem wir doch an dieser Viehhorde alles andre denn Mangel haben. Von einer Erhöhung der Höchstpreise für Kartoffeln darf unter keinen Umständen die Rede sein. Es muß ganze Arbeit gemacht und dem Wucher mit Lebensmitteln energisch ein Ende gesetzt werden.

In der Woche vom 24. bis 30. Januar gestaltete sich der Beschäftigungsgrad im Buchdruckgewerbe (die ersten Zahlen einer jeden Gruppe geben den jeweiligen Stand an, während die Einklammerungen mit gewöhnlichen Ziffern das Mehr, die in Klammern das Weniger gegen die Vorwoche bezeichnen) in 54 (17) Orten folgendermaßen:

	Wahl- beschäftigte	Zus- lebende	Arbeitslose
Nachen	130 (-)	5 (1)	6 (1)
Altenburg	79 (-)	3 (2)	4 (1)
Altersleben	68 (-)	—	2 (1)
Magdeburg	200 (9)	— (3)	1 (7)
Bremen	42	—	14
Bielefeld	188 (1)	2 (-)	8 (1)
Brandenburg	63 (-)	5 (-)	2 (3)
Braunschweig	255 (9)	9	17
Bremen	257 (4)	13 (1)	32 (4)
Breslau	525 (11)	17 (-)	46 (10)
Bromberg	78 (1)	—	1 (1)
Chemnitz	302 (23)	41 (14)	31 (7)
Darmstadt	142	1	10
Dessau	102 (1)	8 (2)	5 (1)
Dortmund	183 (7)	2 (3)	4 (1)
Dresden	712 (13)	21 (3)	156 (36)
Duisburg	116 (6)	—	3 (3)
Elberfeld	239 (2)	5 (2)	9 (3)
Ellen	296 (6)	—	1 (2)
Frankfurt a. M.	660 (28)	24 (21)	109 (9)
Gera	127 (3)	2 (2)	3 (5)
Glogau	49 (1)	—	—
Görlitz	103 (3)	—	2 (1)
Göttingen	54 (-)	—	3 (1)
Hagen i. W.	78 (5)	—	—
Halle a. S.	200 (36)	12 (12)	25 (26)
Hamburg	1006 (6)	252 (97)	256 (113)
Hannover	736	46	16
Heidelberg	83	3	4
Heilbronn a. N.	116 (1)	3 (2)	6 (1)
Jena	68 (3)	13 (2)	1 (1)
Kiel	177 (2)	2 (-)	5 (4)
Köln	593 (4)	8 (6)	28 (9)
Leipzig	2133 (19)	1039 (24)	552 (33)
Liegnitz	74 (-)	—	1 (1)
Magdeburg	323 (8)	8 (6)	25 (-)
Mainz	217 (3)	22 (5)	13 (3)
Mannheim	334 (4)	—	13 (-)
Naumburg a. S.	29	—	11 (2)
Nürnberg	312 (4)	—	37 (5)
Odenburg	66 (5)	6 (1)	10 (2)
Plauen i. V.	49	31	12 (-)
Potsdam	71 (1)	8	3 (5)
Regensburg	122 (7)	1	4 (2)
Rudolstadt	26 (-)	3 (-)	14 (2)
Schwern i. M.	114 (1)	—	1 (-)
Soll. gen.	64 (1)	—	1 (1)
Stettin	195 (5)	—	4 (1)
Strasburg i. Ell.	252 (-)	6 (-)	36 (1)
Stuttgart	1131 (12)	43 (18)	31 (2)
Weimar	75 (5)	1 (2)	3 (-)
Wirsburg	212 (106)	—	16 (9)
Zittau	57 (-)	1 (-)	2 (-)
Zwickau	106 (7)	2 (6)	5 (-)

Außer den Halb- und noch weniger Beschäftigten hatten stundenweise Verkürzung der Arbeitszeit: In Nachen 18 (-),

Altenburg 55 (1), Braunschweig 50, Bremen 50 (5), Dresden 65 (14), Ellen 14 (-), Frankfurt a. M. 55 (9), Halle a. S. 80 (31), Hannover 92, Heidelberg 14, Heilbronn 27 (1), Jena 16 (3), Köln 31 (-), Magdeburg 56 (3), Naumburg 76 (1), Nürnberg 32, Regensburg 22, Solingen 12 (3), Zittau 16 (1), Zwickau 11 (1).

In der letzten Januarwoche wäre die Bestellung also fortgeschritten. Wer den „Allgemeinen Anzeiger für Druckereien“ (Kilmich) durchliest, wird gefunden haben, daß jetzt Maschinenleher, Maschinenmeister und Schmelzbederben in größerer Anzahl, aber auch schon Handleher wieder gesucht werden. Es ist ohne weiteres klar, daß die arbeitslosen Kollegen von diesen Angeboten soweit als möglich Gebrauch machen. Für jüngere spielt der Wechsel nach einem andern Orte ja überhaupt keine Rolle. Allein es trifft hier weniger ein flotterer Geschäftsgang in die Erscheinung als die Tatsache der vielen Einberufungen zum Militär, die voraussichtlich in größerem Maße Fortsetzung finden. In der letzten erschienenen Nr. 2 der „Brandtletterischen Geldpost“ (die von Römmler & Jonas in Dresden hat gar schon die vierte Folge erlebt) finden wir diese Ansicht auch bestätigt; Herr Säuberlich, der Herausgeber, ist über unser Gewerbe doch gewiß gut unterrichtet.

Mit den wöchentlichen Stafflisten wäre es hiermit zu Ende, die nächste wird am 27. Februar aufgenommen. Wir danken für kollegiale Unterstützung und bitten um Erhaltung derselben auch bei den monatlichen Stafflisten, auf die wir zu Ende des Monats noch einmal verweisen werden.

Eine Mahnung an Prinzipale, Druckereileiter und Faktoren erscheint in Rücksicht auf die schon lange Zeit Arbeitslosen angebracht. Aus Großdruckstädten ist uns berichtet worden und wurde uns unter Schilderung betrieblicher Verhältnisse verheirateter Kollegen auch persönlich geklagt, daß die Verteilung der Arbeitsgelegenheit nicht weislich genug erfolgt, manchmal wohl auch von persönlicher Voreingenommenheit der für die Einstellung maßgebenden Personen diktiert ist.

Es kann ja noch nicht in allen Fällen volle Beschäftigung des verbleibenden Personals ermöglicht werden. Das Aussehen muß namentlich in den größeren Druckereien, die heute einen nennenswerten Auftrag erhalten, das darauf jedoch ihre Beschäftigungsgelegenheit wieder erheblich eingeschränkt haben, noch als Notbehelf dienen. Was aber doch vermieden werden kann, ist die Einstellung immer derselben Gehilfen, während ein anderer Teil des Personals handelt sich nicht ausschließlich um Handleher — sich nämlich zurückzieht, lebt. Beim Ausbruch des Krieges wurde doch wohl als Grundbedingung anerkannt, daß vorhandene Arbeitsgelegenheit unter allen Gehilfen einer Druckerei gleichmäßig eingeteilt werden soll, deshalb das Aussehen von Verbänden zugelassen und hierfür auch Unterstützung vorgelesen. Wo also Vollbeschäftigung noch nicht möglich ist, müßte das Aussehen wenigstens abwechselnd erfolgen.

Auch hier ist mit gutem Willen so manches zu erreichen. Arbeiten in normalen Zeiten schon dieselben Gehilfen nicht immer in ein und derselben Abteilung von Großdruckereien, so muß das während des Krieges auch gehen. Es kann dadurch vermieden werden, daß eine Anzahl von Gehilfen einer Firma langer Arbeitslosigkeit verfällt, ausgebeutet wird, in große Not mit ihren Familien kommt, durch die Sorge um Miete und Steuern wie infolge der jetzt erschreckend zunehmenden Steuererhöhung in Verweiflung gerät.

Die leitenden Personen der großen Druckereien, die hier noch nicht nach einem bestimmten, allen gerecht werdenden Plane verfahren, was jedoch erfruchtungsweise in andern Großdruckereien der Fall ist, sollten also Vorkehrungen treffen, daß Wiedereinstellungen wie Wiederentlassungen umschichtig vorgenommen werden. Die Prinzipale müßten entsprechende Anweisung ergehen lassen und die Vertrauensmänner vorstellig werden, wenn eine solche gerechte Arbeitsverteilung aus wer weiß welchen Gründen sich nicht einbürgern will. Die Kollegen, denen es bisher doch um einiges besser erging, haben in solchen Druckereien natürlich erst recht fortbäuhlich zu fühlen und sich zu einem derartigen gerechten Ausgleich ohne weiteres bereit zu finden. Die jüngeren, unverheirateten Kollegen aber sollten auf etwaige Bevorzugung, die nur in ihrem technischen Können begründet sein darf, lieber verzichten. Durchhalten heißt, allen in dieser schweren Zeit die Lebenserfizienz nach Möglichkeit zu gewährleisten.

Wir haben uns in Nr. 10 der nächst den Schriftgelehrten am meisten durch die Kriegsnöte leidenden Handleher angenommen. Wenn man hört, wie in diesen, die Mehrheit der Gehilfenschaft bildenden Kreisen darüber geurteilt wird, daß so viele von ihnen noch arbeitslos sind, aussetzen oder verkürzt arbeiten müssen, für die Schmalmaschinen aber immer zunehmender Arbeit vorhanden ist, dann bedarf es in der hier erörterten Richtung jedenfalls einmal einer Ermahnung an die Firmen, die ohne besondere Opfer auf die bedrängte Lage der Handleher mehr Rücksicht nehmen können. Selbstverständlich wäre den Gelehrten, die noch schlechter daran sind als die Handleher, in der gleichen Weise zu helfen, wo sich irgendwelche Gelegenheit dazu bietet.

Döbeln. Am 23. Januar fand unsere Generalversammlung statt, zu der sich leider nur zwölf Mitglieder eingefunden hatten. Der Jahresbericht wurde vom Vorsitzenden in ausführlicher und verständlicher Weise erstattet. In ebenfalls geordneter und übersichtlicher Weise erstattete der stellvertretende Kassierer Bericht über Einnahmen und Ausgaben sowie die Bewegungstabelle. Für die Frauen der im Heeresdienste stehenden Kollegen wurden 25 Mk. aus der Ortskasse bewilligt. Der Betrag soll gleichmäßig verteilt werden. Die erste Liebesgabenleistung wurde mit zahlreichen Dankkarten erwidert. Zum Seeresdienste sind derzeit zehn Kollegen eingezogen, von den im Felde stehenden sind vier verheiratet. Von einer Wahl des ersten Vorsitzenden und des Kassierers wurde Abstand genommen und die Ämter den früheren Kollegen überlassen. Ferner ermahnte der Vorsitzende, bei eintretender Arbeitslosigkeit die Anmeldung bzw. bei Annahme einer Kondition die Abmeldung beim Arbeitsnachweise sofort zu bewirken. Nach Erledigung verschiedener anderer Angelegenheiten wurde mit dem Wunsche, daß der Krieg in Wäldern zu unsern Gunsten beendet und unser Gewerbe wieder in geregelte Bahnen gelenkt werden möge, die Versammlung geschlossen.

Dresden. In der Mitgliedschaftsversammlung am 29. Januar wurde bekanntgegeben, daß 39 Kollegen aus dem Gau nach Ablauf der ersten sechs Monate als Opfer des Krieges zu verzeichnen sind. Ihre Ehrengänge in üblicher Weise vor sich. Sodann referierte über: „Die Ansprüche der Kriegsteilnehmer und der Hinterbliebenen“, eine gewiß in der Selbstzeit Interesse erweckende Frage, Reichstagsabgeordneter Wilhelm Buch. Als Gefeitwort gab er seinem Vortrage Rückversicherungen an die Zeit der Sonnenwendfeier 1913/14: Der Balkankrieg mit seinen internationalen Schädigungen der gesamten Volkswirtschaft war vorüber und überall zeigten sich Anzeichen zur Ausgleichung der kriegerischen Wirkungen. Da brach der gegenwärtige Weltkrieg aus und, mitten darin stehend, gefehte es nun, durch gefehteberliche Maßnahmen dort Lindernd einzugreifen, wo die Not am größten ist. Das Familienunterstützungsgesetz habe sechs Monate Praxis hinter sich. Die Bedürftigkeitsfrage erfahre unterschiedlichste Beurteilung. Neue Verordnungen und Erweiterungen waren unerlässlich und hätten zu liberaler Handhabung des gesamten Gesetzes geführt. Das Militärhinterbliebenengesetz vom Jahre 1907 regle die jährlichen Unterstützungsansprüche der Hinterbliebenen. Das Manuskriptverordnungsgezet vom Jahre 1906, neben der Festsetzung der Militärrente enthaltend die Bestimmungen über die Kriegs- und Verhinderungszulagen, gewähre unbekümmert um die wirtschaftliche Lage des Betroffenen in einfacher Weise Unterstützung an dauernd an ihrer Gesundheit Geschädigte. Aber auch die Reichsversicherungsordnung biete Handhaben zum Beweise von Wunden und Wundenunterstützung, ebenso nach fortlaufender Beitragszahlung Anspruch auf Invalidenrente. Würdig ständen diesen gesetzlich garantierten Zuwendungen die Gewerkschaftsleistungen zur Seite. Den häufig auftretenden Vorwürfen der Ehefrauen von Gewerkschaftern, daß die Organisationen in der gegenwärtig schweren Zeit verlagen, müsse die Tatsache entgegengehalten werden, daß bei 200000 männlichen Mitgliedern nicht nur zurzeit rund 200000 Arbeitslose vorhanden sind, die den Etat der Gewerkschaftskassen ganz erheblich belasten, sondern daß die vier bis fünfmal größere Anzahl im Felde stehender nach Friedensschluß infolge Arbeitslosigkeit die Kassen auf längere oder längere Dauer in Anspruch zu nehmen gezwungen sein werde. Diese Vorbeugungsmaßnahmen vorzunehmen, gebiete die Selbsterhaltung der Gewerkschaften. Als unabwendbares Ereignis betrachte man nunmehr diesen Krieg. Aufgabe der Zukunft müsse es sein, nach Beendigung des Krieges das Zerfallene aufzubauen, neue Scharen den Organisationen zuzuführen, durch Anbahnung freundschaftlicher Verbindungen mit den kriegführenden Ländern die Ausfuhr und damit die Arbeitsmöglichkeit zu heben, Krieg dem Frieden zu predigen. Lebhaftiger Beifall dankte dem geschätzten Redner für seine gehaltvollen Ausführungen. Die Erörterung der am 13. September 1914 veröffentlichten Tarifratsbekanntmachung und die gewünschte Neuregelung der Beschlüsse der letzten Gausvorstandskonferenz in der Unterstützungsfrage beim Aussehen füllten den übrigen Teil der Tagesordnung aus.

Effen. Die Generalversammlung vom 24. Januar hatte wohl den geringsten Besuch des ganzen Jahres aufzuweisen. Von den 300 Mitgliedern des Vereins hatten es sache und schreibe ganze 70 Kollegen für nötig befunden, ihr Interesse für die Organisation durch Erscheinen zu bekunden. Viele Kollegen scheinen trotz der jetzigen ersten Zeit aus ihrem Winterchlaf nicht zu erwachen. Sie wissen nur, wenn sie krank oder in Not sind, wo der Kassierer zu finden ist; alles übrige läßt sie kalt. Dafür wird aber tüchtig hinter dem Rücken genörgelt. Ein Kollege wurde aufgenommen, ein anderer ausgeschlossen. Einem reumütigen Gewohnheitsrestanten wurde unter der Verpflichtung pünktlicher Beitragszahlung Garbon gewährt. Der vom Verbandsvorsitzende vollzogene Ausschluß dreier notorischer Blaumacher wurde als warnendes Grempe! bekanntgegeben. Den Jahresbericht erstattete der Vorsitzende Frauß in ausführlicher Weise. Die Zahl der „feldgrauen Kollegen“ von hier stieg auf 170, von denen bis jetzt 8 den Tod für das Vaterland erlitten. An Arbeitslose während der Kriegszeit, hauptsächlich in den ersten drei Monaten, wurden rund 11000 Mk. Verbandsunterstützung gezahlt. In der Weihnachtzeit waren keine Arbeitslosen am Orte, was aber in der Hauptfache der Firma Krupp zuzuschreiben ist,

bei der etwa 70 Kollegen als „Aushilfswaffen schmiede“ tätig sind. Zurzeit ist nur ein Kollege arbeitslos. Der Bericht des Kassierers Adamczewski lag gedruckt vor. Einnahme und Ausgabe balancieren mit 6515,91 Mk. Die stille Freude unres Kassierers, der Kasienbestand von 2000 Mark, ist vollständig durch die Unterstützung der Hinterbliebenen unster im Felde stehenden Kollegen aufgebraucht worden. Um die Unterstützungen weiterzahlen zu können, muß der von 15 auf 30 Pf. gesteigerte Ortsbeitrag nochmals um 10 Pf. erhöht werden. Eine Urabstimmung soll darüber entscheiden, ob und inwieweit unire Kollegenchaft Solidarität und Opferwilligkeit besitzt. Vorerst wird durch einen Rezitations- und Niederabend Geld flüssig zu machen versucht. Kollege Bokumthil berichtete über die Tätigkeit des Schiedsgerichts. Den Kartellbericht erstattete Kollege Groskopf. Daraus war zu entnehmen, daß freie und christliche Gewerkschaften gemeinsam für Schaffung einer kommunalen Arbeitslosenfürsorge eintreten. Ob die Sache Erfolg hat, bleibt bei der grobkapitalistischen Aufstellung über solche Fragen seitens unrer Stadtvorordneten mehrheitlich zweifelhaft. Die Neuwahl des Vorstandes und der übrigen Funktionäre wurde durch Wiederauf der Akklamation schnell und glatt vollzogen. Dem Vorstand wurde auch weiterhin das volle Verfügungsrecht über die Vereinsgelder eingeräumt. Ein bis dato gezahlter Zuschuß von 20 Mk. an den Ortsverein Buer fällt mit Rücksicht auf die erschwerte Kasse in diesem Jahr aus.

Freuznach. (Situationsbericht.) Infolge der Mobilmachung trat auch in den hiesigen Druckereien ein ungeahnter Stillstand ein. Verschiedene Firmen schlossen sofort ihren Betrieb und verpackten, die Gehilfen bei der ersten besten Gelegenheit wieder einzustellen zu wollen; ein anderer Betrieb entließ einen Teil seiner Gehilfen ohne Kündigung, da die Betriebsleistung sich auf den Standpunkt stellte, im Kriegsfall gäbe es keine Kündigung. Das Tarifschiedsgericht belehrte die Firma jedoch eines Besseren und die Gehilfen gewannen ihre Klage. Wieder andere Betriebe ließen einen Teil ihrer Gehilfen aussetzen, die übrigen wurden nur bei verkürzter Arbeitszeit beschäftigt. Nun, nach sechsmonatiger Kriegsdauer, hat sich der Geschäftsbetrieb in einigen Druckereien gebessert. Es kamen in mehreren kleinen Geschäften die Gehilfen wieder in Arbeit, die größeren Betriebe haben die dreiviertelstädtige Beschäftigung beibehalten. Die Versammlungen, die bis jetzt während der Kriegszeit einberufen wurden, waren von den am Ort anwesenden beschäftigten Gehilfen bedauerlicherweise sehr schlecht besucht. Außer dem Vorstande waren von ungefähr 20 beschäftigten Gehilfen etwa vier bis sechs anwesend. Und doch sollte gerade jetzt in dieser schweren Zeit der kollegiale Zusammenhalt ganz besondere Pflege finden, um das mühevoll Geschaffene aufrecht zu erhalten, auch zum Besten derer, die draußen im Felde Gut und Blut für die Daheimgebliebenen einsehen. Arbeitslos waren in den ersten Monaten am Orte 22, die bis zum fünften Kriegsmonat auf 14 zurückgingen. Es wurde aus der Ortskasse der „Arbeitslosen“ zur Verbandsunterstützung ein kleiner Zuschuß gewährt sowie den Frauen der verheirateten und im Felde stehenden Kollegen.

Ludwigsburg. (Ordenliche Generalversammlung am 17. Januar.) Vor Eingang zur Tagesordnung ehrte die Versammlung das Ableben der Kollegen Stoppel und Otfmar. Kollege Stoppel, früherer Vertrauensmann, ist im März v. J. einer schweren Krankheit zum Opfer gefallen, während Kollege Otfmar als Unteroffizier der Reserve am 7. November bei Messines den Heldentod fand. Aus dem Jahresbericht ist zu ersehen, daß der Weltkrieg auch unrer Mitgliedschaft große Lücken geschlagen hat. Am Jahresanfang hatten wir 47 und am Jahreschluß nur noch 28 Mitglieder. Ingesamt wurden 20 Mitglieder zu den Fahnen überufen, 12 Verheiratete und 8 Ledige. Mit der Mobilmachung stellten zwei Druckereien den Betrieb vorübergehend ein, während zwei weitere nur drei Tage arbeiteten. Die Geschäftslage hat jedoch eine rasche Besserung erfahren, so daß am Jahreschluß kein Konditionsloser am Plage war. Am 1. Oktober wurde den Frauen von 10 im Felde stehenden Kollegen je 5 Mk. ausbezahlt. Ferner erhielt an Weihnachten jede Frau 5 Mk. und jedes Kind 1 Mk. In Betracht kamen dafür 11 Frauen und 12 Kinder. Die Mittel hierzu wurden teils durch Listenammlung erbracht, teils aus der Ortsvereinskasse bestritten. Durch Sammelliste wurden 30 Mk. dem Hilfsfonds in Stuttgart überwiesen. Die weitere Fürsorge für die Angehörigen der im Felde stehenden Kollegen ist ins Auge gefaßt worden. Die Neuwahlen des Vorstandes gingen glatt vonstatten, so daß die Versammlung zur Zufriedenheit aller Anwesenden geschlossen werden konnte.

Rheind. In der am 13. Januar abgehaltenen Generalversammlung erstattete Vorsitzender Schmitz den Jahresbericht des Ortsvereins in ausführlicher Weise. Der Kriegsausbruch machte sich auch in Rheind durch große Konditionslosigkeit fühlbar, die sich aber bald verminderte. Zum Militär wurden 12 Kollegen eingezogen, 2 gingen vom Beruf ab. Die Firma Pilgrim entließ bei der Mobilmachung ihren einzigen Gehilfen. Nach einiger Zeit bot sie diesem für hundertweites Arbeiten, je nach Bedarf, 30 Pf. Stundenlohn, was dieser selbstverständlich zurückwies. Hierauf besah die Firma die Dreifigkeit, dem Gehilfen schriftlich mitzuteilen, daß er auch nach dem Kriege nicht mehr bei ihr anzufangen brauche. Der Vorliegende betonte sodann noch, daß für die Familien der im Felde stehenden Kollegen bisher mehr hätte getan werden können, wenn nicht durch den Fall Alreß, welche Firma wegen Preisfäule aus dem Tarifverzeichnis gestrichen wurde, die Ortskasse erschöpft und die Kollegen finanziell stark in Anspruch genommen gewesen wären. Die Prinzipale setzten nämlich in keiner Weise entgegenkommen, trotzdem die Ausstrahlung des tariflichen Konfliktes mehr in ihrem Interesse

lag als in dem der Gehilfen. Mit dem Wunsche, daß die Zukunft für unren Ortsverein licht besser gestalten möge, wurde zur Erledigung der übrigen Punkte der Tagesordnung geschritten. Für den zum Militär einrückenden Kassierer Menen, dem einige warme Gefeitworte gewidmet wurden, übernahm Kollege Herbst während dessen Abwesenheit die Kassengeschäfte.

□ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

Von Buchdruckern im Kriege. Für vorbildliche Tapferkeit und Pflichterfüllung im Kriegsdienst erhielten folgende Mitglieder unrer Organisation das Eiserne Kreuz: Franz Wels + (Berlin), Paul Müller (Berlin), S. Bjerre und L. Spieker (Hannover), Heinrich Gräf (Kaiserslautern), Wilhelm Becker (Ludwigshafen), Edmund Fischer (Ludwigshafen), Paul Birkwart (Werdau) und Paul Binger (Zeitz). Damit haben bis jetzt 49 Verbandskollegen diese militärische Auszeichnung erworben.

Vorbildliche Kriegsgehilfen. Die Hofbuchdruckerei Peter Ulrich in Aachen gewährt den Familien ihrer zum Kriegsdienst einberufenen Arbeiter seit Ausbruch des Krieges einen monatlichen Zuschuß von 10 Mk. In Nürnberg gab die Süddeutsche Vereinsdruckerei (e. G. m. b. H.) den Familien ihrer zum Militär eingezogenen Gehilfen eine wöchentliche Unterstüzung von 10 Mk. In Plauen i. V. gewährt seit Ausbruch des Krieges die Buchdruckerei Moritz Wiprecht (G. m. b. H.) und die der „Neuen Vögländischen Zeitung“ den Frauen ihrer zum Kriegsdienst einberufenen Gehilfen wöchentlich 4 Mk. und für jedes Kind 2 Mk., die Buchdruckerei F. W. Kaiser zahlt für jede Frau 2,10 Mk. und für jedes Kind 1,05 Mk., und im ersten Vierteljahre des Krieges gewährte die Buchdruckerei Guffaw Lange jeder Familie wöchentlich 6 Mk. sowie zu Weihnachten einen kleineren Zuschuß.

Metallbeschlagsnahme und Buchdruckereimelall. Nach einer Bekanntmachung des Hauptvorstandes vom Deutschen Buchdruckerverein berührt eine von den militärischen Kommandobehörden kirchlich angeordnete Bestandesmeldung und Beschlagsnahme von Metallen auch das Buchdruckergewerbe. Wie weit dies jedoch der Fall ist, scheint noch zweifelhaft zu sein. Es hat sich daher der genannte Hauptvorstand sofort mit dem zuständigen Kriegsministerium in Verbindung gesetzt, um eine baldige Klärung zu erreichen. Da ein anderer Bescheid von dieser Seite noch nicht eingegangen ist, vertritt der Vorstand des Deutschen Buchdruckervereins den Standpunkt, daß nur reines Hartblei anzumelden ist, dagegen Schriftmaterial sowie Stahlschab, Schmalzblei und Stereotypplatten jeder Art, ferner die handelsüblichen Schriftmetalllegierungen von der Anmeldepflicht nicht betroffen werden. Ebenso scheiden auch fertige Kupferprodukte, soweit sie nicht als Almetalle in Frage kömmt, ferner verschliffene Kupferplatten und Tiefdruckzylinder von der Anmeldung wie der Beschlagsnahme aus. Die Gesamtmenge der nichtmeldepflichtigen Vorräte an Kupfer und Kupferlegierungen sowie an Hartblei darf je 300 kg betragen. Die Anmeldepflicht läuft mit dem 15. Februar ab.

Konkurrenz. Über das Vermögen der Inhaberin der Buchdruckerei von Konrad Haas in Frankfurt a. M., ferner über den Nachlaß des Buchdruckereibesizers Joseph Ritter in Kandrzin sowie über den Nachlaß des verstorbenen Buchdruckereibesizers Guffaw Stiffel in Kolbitz wurde das Konkursverfahren eröffnet.

Druckereibrand. In der Buch- und Kunstdruckerei Wilhelm Böcker in München wurde durch einen großen Brand, der durch Ofenlunten entstand, beträchtlicher Schaden angerichtet.

Reichslohntarif für das Leder- und Buchdruckergewerbe. Der den Lesern des „Korr.“ schon früher mitgeteilte Beschluß des Kriegeslederausrüstungsverbandes vom 17. Dezember v. J., wonach die mit Leder- und Buchdruckergewerbetreibenden beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nicht höher als nach dem Berliner Tarif und dem vereinbarten Kriegszuschlag entlohnt werden dürfen, hat bekanntlich unter den in Betracht kommenden Arbeitern und Unternehmern grobe Beunruhigung hervorgerufen. Wurde doch durch die Verwirklichung dieses Beschlusses den berufsfremden Arbeitern und Arbeiterinnen eine große Vohminderung in Aussicht gestellt. In einer Denkschrift hat die Leitung des Sattler- und Portefeuilerverbandes dem Kriegsministerium klargelegt, wie sich die Produktionsverhältnisse in der Leder- und Buchdruckindustrie seit dem Krieg entwickelt haben, und daß mehr als 30000 berufsfremde Arbeiter nicht für die Löhne arbeiten können, die für qualifizierte Sattler vor drei Jahren festgelegt wurden. In dieser Denkschrift erklärte sich auch der Verband der Sattler und Portefeuilleur einverstanden, die jetzt entstandenen Mißstände zu beseitigen. In wenigen Tagen war das Kriegsministerium bereit, zwischen genanntem Verband und dem Kriegeslederausrüstungsverbande zu vermitteln und gleichzeitig einen Reichslohntarif für die Zeit nach dem Kriege zu schaffen. Schon am 26. Januar begannen die Verhandlungen. Es wurde in sechsstägiger Verhandlung ein Reichslohntarif geschaffen, der für alle Betriebe, in denen Leder- und Buchdruckergewerbe hergestellt werden, zur Durchführung gelangen muß. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 53 Stunden; den Zeilohnarbeitern werden die vom Unternehmer angeordneten Feiertage bezahlt, ebenso der Urlaub durch die verläuzte Arbeitszeit an den Vorabenden hoher Feiertage. Die Mindestzeilöhne betragen für gelernte Sattler und deren Berufsgenossen über 20 Jahre 50 Pf., unter 20 Jahren 42 Pf., Hilfsarbeiter über 20 Jahre 40 Pf., über 17 Jahre 32 Pf.,

(Fortsetzung in der Beilage.)

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 17 - Leipzig, den 11. Februar 1915

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

Kriegsarbeiterinnen über 17 Jahre 22 P., Ledersepperinnen 30 P., Maschinenarbeiterinnen 25 P. Diese Löhne sind Grundlöhne, zu denen ein nach vier Klassen verteilter Ortszuschlag in Höhe von 5, 10, 15 und 20 Proz. kommt. Außerdem erhalten die gelernten Saffler während der Kriegszeit 30 Proz., Hilfsarbeiter- und Arbeiterinnen 15 Proz. Zuschlag. Die Erhöhung der Stücklöhne beträgt durchschnittlich 15 Proz., wozu bei Kriegsarbeitern auf Sonntag 30 Proz., auf die übrigen Arbeiten 20 Proz. und auf solche der königlichen Mülleiwerkstätte Spandau 10 Proz. Zuschlag zu zahlen sind. Das Zwischenmehrfachheit ist für deutsche Seeresisterungen völlig ausgeschaltet worden. Wer als Seimarbeiter beschäftigt werden soll, muß mindestens 45 Jahre alt sein, oder ein körperliches Gebrechen haben, das ihn an Werkstattdienst hindert. Auch der Ausbeutung billiger Arbeitskräfte durch die Kleinmeister wurde ein Ende bereitet. Nur solche Safflermeister dürfen Militärarbeit bekommen, die eine dreijährige Selbstständigkeit nachweisen, in der Kaufliche Privatarbeit verrichten und nicht mehr als zwei Hilfskräfte, gleichgültig ob Bedrängte oder Gesellen, beschäftigen. Den Hilfskräften müssen unter allen Umständen auch in jedem Dorf oder jeder Kleinstadt die vereinbarten Stück- oder Zeitlöhne für die tarifliche Arbeitszeit gezahlt werden. Der Hauptauftraggeber ist gehalten, zu sorgen, daß keine Seimarbeiter oder Landmeister den tariflichen Bestimmungen vollinhaltlich nachkommen. Damit haben Seimarbeiter und Landmeister kein Interesse mehr an der Beschäftigung von Hilfskräften, weil ihnen die Ausnutzungsmöglichkeit unterbunden ist. Ortsliche Schlichtungskommissionen sollen die tariflichen Vereinbarungen überwachen, deren Entschiede berufungsfähig an das Zentralarbitrium mit dem Sitz in Berlin sind. Der Vertrag läuft vom 1. März 1915 bis zum 31. März 1918. Bis zum 1. März 1915 darf an den bisher gezahlten höheren Löhnen nichts abgezogen werden. Die im Safflerverband organisierten Militärsaffler haben in einer außerordentlichen Militärsafflerkonferenz am 13. Januar 1915 den Abmachungen zugestimmt. Die Militärsafflerfabrikanten hatten am gleichen Tag ebenfalls eine Generalversammlung, in der sie beschloßen, den Vereinbarungen nur zuzustimmen, wenn die Regelung der Arbeitszeit bis zu 55 Stunden wöchentlich jedem Ort überlassen und wenn Mindestlöhne für Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen nicht festgelegt wird. Der Ortszuschlag höchstens 10 Proz. beträgt. Am 1. Februar kamen wiederum die beiden Parteien zusammen, wobei die Arbeitervertreter jede Änderung der Vereinbarungen ablehnten. Unter Mitwirkung des Kriegsministeriums, und nachdem die Unternehmer nach langen Debatten ihre Verschleierungsanträge zurückgezogen hatten, wurde dem Reichsrat für das Vorderausstellungsgewerbe Deutschlands einmütig zugestimmt. Für die Arbeiter bringt der Vertrag wesentliche Vorteile, wenn in Betracht gezogen wird, daß in vielen Teilen Deutschlands noch die 58- und 60stündige Arbeitszeit bestanden hat, an deren Stelle jetzt die 53stündige kommt. Es wurden nicht selten auch in Berlin an erwachsene Arbeiterinnen Wochenlöhne von 10 Mk. gezahlt, die jetzt in Friedenszeiten mindestens 14 Mk. und in Kriegszeit 16,10 Mk. betragen müssen. Auch ist der Vertrag geeignet, das Zwischenhändlerum, das sich bei den Seeresisterungen in ungemießer Weise bereichert hat, auszuschalten, da nur Mitglieder des Kriegsausstellungsgewerbeverbandes Aufträge erhalten und diese wieder verpflichtet sind, dem Vertrag vollinhaltlich nachzukommen. Im Interesse der in Militärsafflerbetrieben beschäftigten Arbeiter sowie der Allgemeinheit ist dieser Vertrag zu begrüßen. Hoffen wir, daß er auch den indifferenten Arbeiter die Augen öffnet, wie durch die gewerkschaftliche Organisation Lohn- und Arbeitsbedingungen vorbildlich zu verbessern sind.

Eine Gewerkschaftsgeneralversammlung während des Krieges. Nach einer Bekanntmachung des Hauptverbandes vom Deutschen Metallarbeiterverbande soll am 28. Juni d. J. und folgende Tage eine ordentliche Generalversammlung dieses Verbandes, und zwar wegen der zentralen Lage und Erparung von Reisekosten in Berlin abgehalten werden. Die Tagesordnung wird sich wieder mit Statutänderungen noch mit sonstigen Maßnahmen beschäftigen, die eine dauernde Änderung der Verbandseinrichtungen bedeuten würden, sondern sich nur auf Vorschläge beschränken, die durch die Kriegszeit bedingt sind und auch nur während dieser wirken sollen.

Der deutsche Eisenbahnverkehr im Jahre 1914. Wie rasch sich nach Ausbruch des Krieges das wirtschaftliche Leben, das erst einer sehr starken Erschütterung ausgesetzt war, wieder erhobte, das zeigt sich an zahlreichen Symptomen auf den verschiedenen Gebieten der wirtschaftlichen Befähigung, unter anderem auch an der Gestaltung des Güter- und Personenverkehrs auf den Eisenbahnen. Zwar ist es nur möglich, aus den Einnahmen der Eisenbahnverwaltungen auf die Intensität des Verkehrs zu schließen, was freilich seit August deswegen sehr schwer ist, weil die Einnahmen aus den Militärsafflertansporten niedriger sind als aus dem übrigen Verkehr, aber gerade deshalb können wir annehmen, daß die aus der Bewegung der Einnahmen sich ergebende Erholung des Verkehrs in Wirklichkeit noch erheblich stärker gewesen sein muß. Eine Veröffentlichung

der Einnahmen für sämtliche deutsche Eisenbahnen ist seit August nicht mehr erfolgt, aber für die preußisch-hessische Eisenbahngemeinschaft liegen die Ziffern vergleichbar mit dem Vorjahre vor. Und da ergibt sich, daß die Gesamtjahreserinnahmen aus dem Eisenbahnverkehr für das Jahr 1913 2,36 Milliarden Mark betragen, für das Jahr 1914 aber 2,08 Milliarden. Das genaue Weniger gegenüber dem Jahre 1913 beträgt 278,27 Millionen Mark oder 11,79 Proz. Von diesem Weniger entfallen auf den Monat August allein 115,39 Millionen Mark. Von September an geht es aber schon kräftig zurück. Im Dezember betrug das Weniger nur noch 17,68 Millionen. Von besonderem Interesse ist eine gesonderte Betrachtung der Einnahmen aus dem Güter- und Personenverkehr. Es ergibt sich dann, daß der Personenverkehr stärker gelitten hat als der Güterverkehr. Denn es betragen die Einnahmen aus dem Personenverkehr in 1000 Mark:

Personenverkehr	1913	1914	Su-relp. Abnahme
Januar	44 425	45 631	+ 1 206
Februar	40 369	42 999	+ 2 630
März	59 341	54 242	- 5 099
April	51 189	62 964	+ 11 775
Mai	69 282	63 117	- 6 165
Juni	63 511	71 284	+ 8 337
Juli	76 890	77 285	+ 395
August	75 163	42 475	- 32 688
September	65 980	32 719	- 33 261
Oktober	59 027	36 479	- 22 548
November	48 609	36 632	- 11 977
Dezember	53 599	41 871	- 11 728
Jahressumme:	707 385	608 262	- 99 123

Die Abnahme gegenüber dem Vorjahre stellt sich insgesamt auf 99,12 Millionen Mark oder auf 14,0 Proz., während sie beim Güterverkehr trotz der scheinbar höheren Verlustsumme von 179,15 Millionen Mark nur 10,84 Proz. beträgt. Immerhin zeigt sich auch in der Entwicklung des Personenverkehrs vom Oktober ab eine kräftige, allerdings etwas langsame Erholung. Im Güterverkehr gestalteten sich die Einnahmen in 1000 Mk. wie folgt:

Güterverkehr	1913	1914	Su-relp. Abnahme
Januar	132 647	129 469	- 3 178
Februar	132 463	133 135	+ 672
März	137 611	137 651	+ 540
April	138 679	150 080	+ 11 401
Mai	131 976	137 564	+ 5 588
Juni	129 211	129 539	+ 328
Juli	138 018	135 138	- 2 880
August	140 772	58 068	- 82 704
September	144 294	99 173	- 45 121
Oktober	155 925	124 225	- 31 700
November	140 592	114 456	- 26 136
Dezember	130 636	122 679	- 7 957
Jahressumme:	1 652 324	1 473 177	- 179 147

Nach dem starken Abfalle der Einnahmen im August trat schon im September eine weitgehende Erholung ein, die sich von Monat zu Monat fortsetzte und des Weniger im Dezember bis auf 5,96 Millionen Mark herunterdrückte. Bei dieser Berechnung ist zu beachten, daß die preußisch-hessische Eisenbahngemeinschaft annähernd zwei Drittel sowohl bezüglich der Haupt- wie Nebenbahnen des ganzen Reichsgebietes umfaßt.

Prolettenbewegung der englischen Arbeiter gegen die Feuerung. Die starke Preiserhöhung für alle Lebensmittel und Heizmaterialien in England hat auch die Gewerkschaften zum Vorgehen veranlaßt. Der englische Gewerkschaftsbund veröffentlichte ein Manifest — das etwa die in Deutschland übliche Petition an die Regierung ersetzt — zu der Frage der Feuerung. Darin werden die furchtbaren Wirkungen der unerschwinglich hohen Preise für die unteren Klassen geschildert sowie ihre Ursachen untersucht. Als solche werden besonders die Verkehrsstockung in den Häfen und auf den Eisenbahnen wie überhaupt das Fehlen der nötigen Organisation und Dezentralisation der Zufuhr. Hiergegen wird ein energisches Eingreifen der Regierung gefordert. Das Manifest bedauert auch, daß nicht ein wirkliches Handelsministerium besteht, denn ein solches hätte nach den Erfolgen zur See, nach der freiwilligen oder erzwungenen Internierung aller feindlichen Schiffe, zweifellos „lobnende Gelegenheiten zur Schaffung neuer oder unbenutzter Routen für Hunderte von Schiffen unter englischer Flagge“ bedeuten müssen. Also auch hier der obligate Werbefuß: Kampf gegen die Konkurrenz auf wirtschaftlichem Gebiete!

Verschiedene Eingänge.

„Archiv für Buchgewerbe.“ Begründet von Alexander Waldow. Herausgegeben vom Deutschen Buchgewerbeverein. Sammelheft 7/9. 51. Band. Neben einem ausführlichen Berichte des Preisgerichtes der graphischen Ausstellung enthält dieses Heft des vornehmsten offiziellen Organs des Deutschen Buchgewerbevereins eine in Bild und Wort inhaltreiche Nachlese wichtiger Erscheinungen und Probleme, die auf der graphischen Weltschau besonderes Interesse erwecken. Sämtlich zwölf Hefte zum Preise von 12 Mk.; Einzelheft 1,50 Mk., Doppelheft 3 Mk.

Su beziehen durch jede Buchhandlung oder durch den Verlag des Deutschen Buchgewerbevereins in Leipzig, Dolgstraße 1. „Schweizer Graphische Mitteilungen.“ Halbmonatsschrift für das graphische Kunstgewerbe. Herausgegeben von August Müller in St. Gallen. 33. Jahrgang, Heft 3. Dezember 1914. Abonnementpreis 4,50 Mk. pro Halbjahr.

„Frankfurter Volksstimme.“ Jubiläumsummer zum 25jährigen Bestehen der Zeitung. „Krieger- und Hinterbliebenenversorgung.“ (Staatsbürger-Bibliothek Heft 54.) 8°. (48). M.Gladbach 1914, Volksvereinsverlag G. m. b. H. 45 Pf., postfrei. „Deutsches Buch.“ Sprachbüchlein für Feldsoldaten. Preis 15 Pf. Zu beziehen durch die Verlagsbuchhandlung Vorwärts, Paul Singer, G. m. b. H., in Berlin.

Opfer des Krieges wurden:

- Aus Aachen: Ludwig Speen (S.).
- Aus Alfenstein: Emil Langer (S.).
- Aus Altheim: Willi Dippel (Dr.).
- Aus Badisch-Rheinfelden: Wolfgang Bachkessel.
- Aus Bad-Nauheim: Leonhard Denner (S.); Hans Schmid (S.).
- Aus Bayreuth: Heinrich Münch (Dr.).
- Aus Berlin: Johann Schubert (S.); Oskar Bauer (Dr.); Max Best (Dr.); Felix Brücker (P.); Willi Graupe (S.); Heinrich Hoff (S.); Franz Kapfies (S.); Erich Nicolai (Dr.); Karl Doh (S.); Artur Philipp (S.); Helmut Wolf (Dr.).
- Aus Bochum: Joseph Severin (St.).
- Aus Braunschweig: Adolf Marbeine (Dr.); Willi Sprengel (St.).
- Aus Breslau: Robert Wittig (S.).
- Aus Chemnitz: Hans Keißel (Dr.); Willi Schubert (S.); Max Hörsch (S.).
- Aus Dresden: Karl Birckholz (S.); Richard Witschold (S.).
- Aus Düsseldorf: Fr. Dabhäuser (St.).
- Aus Elbing: Walter Nieswandt (S.).
- Aus Erfurt: Artur Engelmann (Dr.).
- Aus Eslingen: Karl Kauf (Dr.).
- Aus Freiburg: Dr. Joseph Buch (Dr.); C. Rehler (M.S.); Hans Richter (Dr.).
- Aus Guldau: Peter Kriem (S.).
- Aus Gera: Hermann Rippold (S.).
- Aus Graudenz: Erich Manke (S.).
- Aus Halle a. S.: Wilhelm Fischer (S.); Karl Bach (S.).
- Aus Hamburg: K. Kuch (S.).
- Aus Hannover: C. Böttcher (Dr.); August Knoke (Dr.).
- Aus Heidelberg: Heinrich Küm (S.); Gustav Kraus (S.).
- Aus Jena: Walter Reiser (S.); Willi Reiser (S.).
- Aus Kattowik: Johann Wozniak (S.).
- Aus Kiel: Adolf Schäfer (S.).
- Aus Köln: Heinrich Küber (St.); Matthias Kemper (St.); Ferdinand Sambrowski (St.).
- Aus Leipzig: Paul Enders; Erich Häßelbarth (S.); Georg Singer (Dr.); Ernst Groß (S.); Otto Böttcher (Dr.); Arno Dierich (S.); Martin Fischer (S.); Otto Friedrich (Dr.); Max Strahmer (S.); Otto Weber, Kurt Werner.
- Aus Lörrach: Erich Bechiel.
- Aus Mainz: Friedrich Kattmer (S.).
- Aus Mannheim: Friedrich Misch (S.); Ernst Kuh.
- Aus Nürnberg: Gottfried Leberzammer (S.).
- Aus Pilsen i. B.: Oskar R. Hoff (S.).
- Aus Osterode: Erich Schlesiger (S.).
- Aus Plauen i. V.: Hermann Schneider (S.).
- Aus Siegen i. W.: Gustav Frenck (S.).
- Aus Speier: Jakob Such (S.).
- Aus Steffeln: Otto Dittmann (Dr.).
- Aus Strahburg: Karl Meyer (S.); Theodor Such (S.).
- Aus Stuttgart: Ludwig Schuster (S.); Eugen Gruber (Dr.); Alois Hajelmaier (Dr.); Christian Klump (S.); Otto Dambacher (M.S.).
- Aus Trier: Hermann Scheel (S.).
- Aus Waldsassen: Andreas Weiß (S.).
- Aus Weichau: Willibald Keißler (S.).

Berichtigung:
Bei dem in Nr. 3 als gefallen gemeldeten Max Duff handelt es sich nicht um unsern Kollegen Duff, sondern um dessen Bruder, der unserm Berufe nicht angehört.

Briefkasten.

F. B. in Fr., S. C. in M., C. N. in Fr., A. C. in A.: Dank für Übermittlung dieser alten Angaben. — W. V. im Felde: Für Grübe und schöne Karte fröhd. Dank. — M. G. in S.: Eingegangen; vor dem 16. wird es aber doch nicht werden. — S. S. in S.: Donnerwetter! Adolfs! Allgemeine Sprachlosigkeit über dieses Unkraut. Nach Erholung von dem ersten Schreck hoffen wir wieder Lebens-

selchen von uns geben zu können. — G. S. in R.: In nächster Woche. — P. K. in Koffbus: Ein derartiger Bericht ist hier nicht eingegangen. — S. Th. in Arefeld: Besten Dank für Informationen. Das sind allerdings Praktiken, die selbst den Bündlern zu denken geben müssen. Frl. Grub. — E. Sch. in Eblingen: 2,60 Mk. — F. C. in Bayreuth: 2,60 Mk. — M. S. in Vörrach: 3,50 Mk. — F. K. in Nürnberg: 2,15 Mk. — Fr. D. in Rudolfsstadt: 2,75 Mk.

□ □ □ **Verbandsnachrichten** □ □ □
Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamißplatz 5 II.
Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Bekanntmachung.

Am 1. April 1915 erscheint das „Verzeichnis der Fremdenverkehrslokale“ in neuer Auflage. Änderungen in diesem Verzeichnisse sind der Hauptverwaltung spätestens bis zum 20. Februar bekanntzugeben, damit die rechtzeitige Herstellung des Verzeichnisses gewährleistet ist. Mit dem Antrag auf eventuelle Neuaufnahme eines Verkehrslokals in das Verzeichnis muß der Hauptverwaltung auch die schriftliche Erklärung des betreffenden Wirtes zugehen, daß er an reisende Kollegen weder selbst Vorschläge auf Legitimationen geben noch mit Nachnahme eingehende

Legitimationen oder Bücher einlösen will. Ohne diese Erklärung kann ein solcher Antrag keine Berücksichtigung finden.
Die Hauptverwaltung.

Bezirk Koburg. Der Seher Karl Werner (Hauptbuchnummer 87723) wird hierdurch aufgefordert, seinen Verpflichtungen dem Bezirk gegenüber nachzukommen, widrigenfalls Ausschluss beantragt wird. Die Vertrauensmänner werden um Mitteilung der Adresse des Kollegen W. an Wilhelm Wesselmann, Koburg, Leopoldstraße 49, gebeten.

Vörrach. Der Seher Fr. Roschmann, geb. 15. November 1885 in Hamburg, (Hauptbuchnummer 54054), im Jahre 1910 hier in Kondition, wird gebeten, seine Adresse an August Heuser einzusenden.

Adressenveränderungen.

Bayreuth. Kassierer: Julius Steeger, Hammerstraße 28a.
Berlin. (Maschinenmeisterverein.) Vorsitzender: Ernst Marau, O 34, Obernkirchstraße 21 III.
Bernburg. Wegen Einberufung des Vorsitzenden sind sämtliche Briefe und Zusendungen an Albert Köhler, Stiftstraße 30 I, zu richten.
Lüdenscheid. Vorsitzender: Julius Hoffmann, Lohersstraße 14.

Zur Aufnahme gemeldet
(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelegte Adresse):
In Salzburg der Drucker Johann Patschek, geb. in Saaz (Böhmen) 1894, ausgl. das. 1912; war schon Mitglied. — Karl Timberger, Buchdrucker, „Graphia“.

Verammlungskalender.

Bernau (Mach). Versammlung Sonnabend, den 13. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.
Düsseldorf. Vorstandssitzung Sonnabend, den 13. Februar, abends 9 Uhr, im „Karlshäuser Hof“.— Nächste Versammlung 27. Februar.
Kögen i. B. Bezirksversammlung Sonntag, den 21. Februar, im „Rosa-Restaurant“ in Kögen, Böhmer Städtchen.
Hamburg. Maschinenleherversammlung Sonntag, den 21. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Bismarckstraße (kleiner Saal, oben).
Kassel. Hauptbezirksversammlung Sonntag, den 7. März, vormittags 10 1/2 Uhr, im „Kleinen Stadtpark“, Obere Karlstraße 17. Beiträge bis 25. Februar an den Vorsitzenden.
Ludwigshafen a. Rh. Generalversammlung Sonnabend, den 13. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Brückenhof“.
Posen. Generalversammlung Sonnabend, den 13. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Sächsischen Hof“, Breslauer Straße 15 I.
Potsdam-Neubabelsberg. Maschinenmeisterversammlung Sonnabend, den 13. Februar, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, im „Königssee“.
— Maschinenleherversammlung Sonntag, den 14. Februar, vormittags 10 Uhr, im „Mühlentpark“, Babelsberger Straße.

Maschinenmeisterverein
Samburg-Altonaer Buchdrucker
Sonnabend, den 20. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale, C. Wils, Kleine Rosenstraße 16:
Verammlung
Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen; 2. Vortrag: **Auto-Stereotypie-Verfahren** (Kollege Werlefrongel); 3. Technisches mit Druckmaschinenausstellung; 4. Verschiedenes.
Satzreichen Besuch erwartet
Der Vorstand.

Graphische Vereinigung Dresden
Sonnabend, den 13. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale, Kaufbachstraße 23:
Generalversammlung
Tagesordnung: 1. Jahresbericht des Vorstandes; 2. Wahl des Vorstandes; 3. Renumerationen; 4. Eventuelle Anträge; 5. Verschiedenes.
Um zahlreichen Besuch wird gebeten.
[478]

Wir suchen zum baldigen Antritt einen tüchtigen
Linothypsetzer
für „Ideal“. Bewerbungen mit Gehaltsforderung an die
Arbeiterdruckerei Görlitz.

Selbständiger, tüchtiger, militärfreier
Linothypsetzer
(Ideal) bei hohem Lohn in dauernde Stellung sofort eventuell auch für später gesucht. Angebote mit Gehaltsansprüchen an das
„Bocholter Volksblatt“, Bocholt i. W.

Linothypsetzer
nur erste Kraft, gegen entsprechende Bezahlung sofort gesucht.
[478]
H. Rehmann, Berlin, Königsgrüner Straße 40/41.

Monotypsetzer
auf empfehlener, mit längerer Praxis, findet Stellung. Zeugniskopien und Gehaltsansprüche erbeten.
[471]
Greiner & Pfeiffer, Königl. Hofbuchdrucker, Stuttgart.

Tüchtiger, flotter
Monotypsetzer
Modell D oder C, dreijährige Praxis (in allen Sorten [Zabellensatz] verlor), militärfrei, sucht bis 1. März oder früher dauernde Stellung. Gehl. Dierfen erb. an Alois Göttinger, Stuttgart, Lübinger Straße 82 I.
[472]

Infolge Einberufung zum Militär suche ich einen mit der „Bindebraut“ zum Univeralanleger vertrauten, militärfreien

Maschinenmeister
Eventuell würde ich einen solchen, welcher bereits daran gearbeitet hat, weiler ausbilden.
Eduard Matzig, Dömitz a. Elbe.

Militärfreier moderner Anzeigensetzer, auch in jeglicher andern mod. Sorten und in Korrekturen brauchbar, sucht Dauerstellung am Ort od. ausw. Off. u. Postlagerkarte 12, Düsseldorf 1.

Graphische Fachklassen
Buchdruck, Satz, Lithographie, Stein-
druck, Photomechanische Verfahren,
Entwurf und Werkstatt-Ausbildung.
Prospekte frei, Kunstgewerbeschule
Barmen

Suche überall Kollegen als Vertreter für moderne
Tischdrucker und sonstige Reklamsetzer. Näheres
durch Ad. Groß, Graph. Fachgesch., Halberstadt.

Mhlen und Pinzette, Werkzeuge für
Blasen empfiehlt A. Slegel, München 2, Holzstraße 7.
Teleph. Nr. 1290. Preisliste gratis u. franco. Suche
überall tüchtige Vertreter gegen hohe Provision.

Am 7. Februar verschied nach schwerer
Krankheit unser lieber Kollege, der Seher
Paul Günther
im 40. Lebensjahre.
Sein echt kollegiales Wesen und lauterer
Charakter sichern ihm bei uns allen ein
bleibendes, getreues Andenken. [481]
Die Kollegen der
Kohbergischen Buchdruckerei, Leipzig.

Am 5. Februar verstarb nach langer,
schwerer Krankheit unser lieber Kollege,
der Stereotypur
Johannes Marsau
aus Gaarden, im 42. Lebensjahre, an
Asthma und Lungenemphysem.
Wir werden sein Andenken in Ehren
halten. Mitgliedschaft Kiel.

Im Kampfe für Heimat und Vaterland
erlitt auf dem Schlachtfeld in Nordfrank-
reich unser lieber Kollege [482]
Ernst Luz
aus Schweifingen den Heldentod.
Dieses braven und treuen Kollegen
wird ehrend gedenken
Der Bezirksverein Mannheim.

Als zweites Opfer unserer Mitgliedschaft
erlitt den Tod für das Vaterland unser
lieber Kollege, der Seher. [477]
Oskar Knoll
aus Schönbrunn, im Alter von 21 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Die Mitgliedschaft Dömitz i. B.

In treuer Pflichterfüllung fand am 25. November den Heldentod für das Vaterland
in den heißen Kämpfen in Nordfrankreich, nachdem er sich in vielen Gefechten durch
hervorragende Tapferkeit ausgezeichnet hatte, mein langjähriger treuer Mitarbeiter, Herr
Wolfgang Bachsteffel
Inferoffizier der Res. im Inf.-Reg. Nr. 112, 3. Komp., Inhaber des Eisernen Kreuzes.
Ich betrauern den allzu frühen Heimgang eines Mannes, der in gleicher Weise durch
gehobene Tüchtigkeit wie durch seltene Eigenschaften des Charakters ausgezeichnet war.
Sein Andenken wird bei mir nie erlöschen. [467]
Badisch-Rheinfelden, im Februar 1915.
Peter Krausenech, Buchdrucker und Verlag des „Rheinfelder Anzeiger“.

Am 25. Januar fand im Kampfe für
das Vaterland bei einem Sturmangriff
den Heldentod unser lieber Kollege, der
Drucker
Hans Richter
Gefahrerstell im Inf.-Reg. Nr. 169
aus Dresden.
Ein ehrendes Andenken werden ihm
bewahren
Die Kollegen der Firma C. A. Wagner,
Breslau i. B.

Den Heldentod für das Vaterland erlitt
in Frankreich unser lieber Kollege [466]
Wolfgang Bachsteffel
Referent und Inhaber des Eisernen Kreuzes
aus Bad. Rheinfelden, im Alter von
25 Jahren am 25. November.
Am 20. Dezember verschied der Kollege
Fritz Bechtel
alt, aus Soltau bei Schöpsfeldt, im
Alter von 23 Jahren im Lazarett in Karls-
ruhe, an seinen am 8. August im Schlag-
erhaltenen Verletzungen.
Ihr Andenken werden wir stets in
Ehren halten. Bezirksverein Rerach.

Den Heldentod für das Vaterland fand
durch einen Granatsplitter am 13. Januar
auf dem westlichen Kriegsschauplatz unser
lieber Kollege, der Seher
Richard Wittschold
Soldat im 177. Inf.-Reg., 2. Komp.
im Alter von 25 Jahren.
Allegot ein treues Gedenken werden
ihm bewahren
Die Kollegen der Firma
Ernst S. Meyer, Dresden.

Das große Völkerringen fordert immer
weitere Opfer. Auf dem westlichen Kriegs-
schauplatz mußte auch unser Kollege, der
Maschinenmeister. [465]
Heinrich Münch
aktiver Infanterist
sein Leben lassen.
Wir betrauern in dem Gefallenen einen
lieben Kollegen, dem ein treues Andenken
sicher ist. Mitgliedschaft Bayreuth.

Den Heldentod für das Vaterland fand
am 21. Dezember in den Kämpfen in Ruß-
land unser lieber Kollege, der Seher
Hermann Scheel
Grenadier im Grenadier-Regiment Nr. 5
aus Gütrow i. M., im 24. Lebensjahre.
Wir betrauern das frühe Ableben dieses
braven und aufrichtigen Kollegen, dem ein
ehrendes Andenken stets unter uns geliebert
bleiben wird. [474]
Mitgliedschaft Aterfen (Soll.).

Den Heldentod für das Vaterland
erlitt unser lieber Kollege und Sanges-
bruder, der Seher [460]
Johann Wozniok
Musiker im Inf.-Reg. Nr. 63
im Alter von 23 Jahren. Wir betrauern
sein frühes Ableben und werden ihm
ein treues Andenken bewahren.
Graphische Vereinigung Rattowitz,
Gesangverein „Outenberg“.

Am 27. Dezember fand den Tod auf
dem Schlachtfeld unser lieber Kollege,
der Drucker [462]
Karl Sauj
Musiker im Infanterieregiment Nr. 121
im 20. Lebensjahre.
Wir werden dem Verstorbenen ein
ehrendes Andenken bewahren.
Mitgliedschaft Eßlingen.
Maschinenmeisterverein Eßlingen.
Typographischer Klub.

Am 27. Januar verstarb infolge Schlund-
verengung unser langjähriges Mitglied, der
Drucker [473]
Karl Ohnmeiß
im 56. Lebensjahre.
Wir werden diesem treuen, guten und
aufrechten Kollegen ein dauerndes An-
denken bewahren.
Ortsverein Reutlingen.
Maschinenmeisterverein Reutlingen.